

# Hugo Haase in der Weltkriegszeit

Dr. phil. Ernst-Albert Seils, Berlin 2019

## 1. Die Haltung der europäischen Sozialisten zum Krieg

Die europäischen Sozialisten sahen den Ausbruch des 1. Weltkrieges lange voraus. Für den Fall, daß ein Krieg ausbrechen würde, hatten die Sozialdemokraten auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 klare Richtlinien beschlossen.

„Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten sind in der Regel Produkte ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder ist bestrebt, sein Absatzgebiet nicht nur für sich zu erweitern, sondern neue zu erobern. Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten dafür zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges. (...) Sollte ein Krieg dennoch ausbrechen, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttlung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu bewirken, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Kriege zu verhindern.“ Hugo Haase wurde 1911 in Jena als Nachfolger Singers neben Bebel zum Parteivorsitzen gewählt. Angesichts der Zerstrittenheit der Partei über den Revisionismus sah man in dem Rechtsexperten Haase eine ausgleichende Führungskraft. Nach dem Tod Bebels folgte diesem als weiterer Vorsitzender Friedrich Ebert, der sich als bürokratischer Experte Verdienste erworben hatte und dem Gewerkschaftsflügel nahe stand.

Als Vorsitzender der Fraktion wurde Haase , nachdem er sich durch sein Referat über den Imperialismus auf dem Parteitag in Chemnitz 1912 als Kenner außenpolitischer Fragen etabliert hatte, zum Gegenspieler Kanzler Bethmann Hollwegs in der sich weiter zuspitzenden Phase des Wettrüstens vor dem Krieg.

## 2. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Partei

Als am 24. Juli das Ultimatum Österreichs an Serbien bekannt geworden war, rief Hugo Haase sofort den Parteivorstand zusammen und erarbeite einen „Aufruf“ an die deutsche Arbeiterschaft:

„Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauch die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schicken sich die vom österreichisch Imperialismus entfesselte Kriegsfurien an, Tod und Verderben über ganz Europa zu schicken. (...) Wir wollen keinen Krieg, Nieder mit dem Krieg, Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“ (...) „Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen!“<sup>1</sup>

In der Sitzung der Vorstände von Partei und Fraktion vom 31. Juli setzten sich Haase und Ledebour für die Ablehnung der Kredite ein.<sup>2</sup> Hermann Müller wurde nach Paris geschickt, um die Auffassung der Sozialisten Frankreichs zu erforschen. Als er zwei Tage später berichtete, daß sie das Geld für den Krieg bewilligen würden, schlug die Stimmung im deutschen SPD-Vorstand endgültig um.

Auch wenn Haase ausdrücklich betonte, dass es gegen seine Gewissensentscheidung sei, trug er als Vorsitzender im Reichstag die Begründung vor, warum auch die Sozialdemokraten den Kriegskrediten zustimmen wollten: Eine „Sturmflut sei über Europa hereingebrochen, nun stehe man vor der ehernen Tatsache des Krieges. Infolgedessen, so hieß es, müßten die Mittel zur Verteidigung bewilligt werden. Sobald das Ziel der Sicherung erreicht sei und die Feinde zum Frieden geneigt seien, müsse der Krieg beendet werden.

### **3. Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei**

Über Kriegsziele zu diskutieren war bis zum 25. November verboten, aber dennoch erschienen nach der Besetzung Belgiens ständig Broschüren aller Art, in denen die Ausweitung deutschen Weltmacht unverblümt gefordert wurde. Eine Mehrheit im Reichstag aus Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums verfolgten umfangreiche Kriegsziele, sie gingen über das, was der deutsche Kanzler in seiner sogenannten Septemberdenkschrift gefordert hatte, teilweise hinaus.<sup>3</sup>

Im Juni 1915 hielten Hugo Haase, Karl Kautsky und Eduard Bernstein es für angebracht, ihre Meinung über den Krieg in der Öffentlichkeit darzulegen.<sup>4</sup> Sie veröffentlichten in der Leipziger

<sup>1</sup> Nach Lübecker Volksbote, 27. Juli 1914

<sup>2</sup> Zum Folgenden mit Nachweisen Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, Frankfurt/M 2011, S.132 -142

<sup>3</sup> Die Kriegsziele der Reichstagsparteien bei Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, der deutsche Reichstag in Ersten Weltkrieg, a. a. O., . 145 - 175

<sup>4</sup> Eugen Prager, Das Gebot der Stunde, 4. Aufl. a.a.O., S. 68 ff.

Volkszeitung ein Flugblatt, das die Überschrift „Das Gebot der Stunde“ trug. Darin bezeichneten sie den Krieg als Eroberungskrieg, der den Wohlstand zerstöre, das Töten von Menschen nannten sie ein Verbrechen. Zu der Aktion bekannten sich 17 Fraktionsmitglieder der SPD, sie hatte sich damit als Oppositionsgruppen etabliert.

Bethmann Hollweg formulierte in seinen Reichstagsreden zunächst unverbindlich, forderte von der Entente ein Friedensangebot, das mit der Würde und Sicherheit Deutschlands zu vereinbaren sei. Schließlich wurde er genauer: „Weder im Westen noch im Osten dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen. ... Polen, Litauer, Balten und Letten werde man nicht mehr dem Regiment des reaktionären Rußland ausliefern. „Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht.“<sup>5</sup>

Peter Spahn, der als Sprecher der Kriegszielmehrheit des Reichstages anschließend das Wort erhielt, nutzte die Gelegenheit, um das zu konkretisieren: „Wir warten in voller Einigkeit und mit ruhiger Entschlossenheit – und ich darf hinzufügen mit Gottvertrauen die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglichen, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands in vollem Umfang und mit allen Mitteln, einschließlich der erforderlichen Gebietserwerbungen, gewahrt werden müssen.“<sup>6</sup>

Sofort danach stürzte Hugo Haase nach vorn und rief in den allgemeinen Krawall hinein: „Haben die Herren denn gar nicht überlegt, was es für einen Eindruck in unserm Volk und in der ganzen Welt machen muß, wenn Sie in diesem Augenblick gegen diejenigen, welche der tiefsten Sehnsucht unseres Volkes und der ganzen Welt Ausdruck geben, mit terroristischen Mitteln vorgehen? Meine Herren, gerade nach den unbestimmten, allgemeinen, vieldeutigen Worten des Herren Reichskanzlers und nach den letzten Worten des Herrn Spahn ist es notwendig, daß unser Volk und die ganze Welt erfahren, daß nicht etwa der gesamte Reichstag mit seinen Ausführungen einverstanden ist. Meine Herren, wollen Sie denn wirklich, daß aus diesem Gemetzel, das ja alle bedauert haben, schließlich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet, durchtränkt von Tränen und Blut? (...) Am Schlusse dieses fürchterlichen Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte, in Wahrheit wohl nur ein aus Millionen Wunden blutendes Volk geben. (...)

Eduard David verlangte den Ausschluß der Kreditverweigerer aus der Fraktion. Aber dessen Antrag folgte diese nicht. Dennoch legte aber Hugo Haase den Vorsitz nieder.

---

5 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle , Bd. 306, 9. Dezember 1915, 22. Sitzung , S. 434 -437

6 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, 9.Dezember 1915, 22. Sitzung, S. 437

Zum Redner, der am 9. Dezember 1915 Bethmann Hollweg antworten sollte, wurde von der Fraktion Otto Landsberg bestimmt. Der meinte, die Friedensbemühungen des Kanzlers könnten sich wohl hören lassen.<sup>7</sup> Gustav Hoch nannte das ein Verbrechen und trat aus dem Parteivorstand aus.<sup>8</sup>

Die endgültige Spaltung der Fraktion vollzog sich in der Zeit, als der Angriff bei Verdun an der Westfront begann, eine Schlacht, „die in Furchtbarkeit alles Bisherige hinter sich ließ.“<sup>9</sup> Ebert wollte statt Haase Fraktionsvorsitzender werden, aber bei der Wahl am 16. Januar erschienen nur 86 Mitglieder der Fraktion, 27 von ihnen gaben bei der Wahl weiße Zettel ab. 56 Sozialdemokraten wählten ihn in das Amt, das war eine Stimme mehr, als er brauchte.<sup>10</sup> Das Vertrauen der Partei in die Führungsspitze schien verloren gegangen zu sein.

Für die Abstimmung über das Jahresbudget und den neuen Kredit für den Krieg im März 1916 wurden Scheidemann und Ebert als Redner aufgestellt. Aber auch die Minderheit wollte den Tag nicht vorübergehen lassen, ohne eine Stellungnahme abzugeben. Sie beauftragte Haase, für sie zu sprechen. Das teilte dieser erst am Morgen vor der Debatte Scheidemann im Plenarsaal mit.<sup>11</sup> Daraufhin stürmten zahlreiche Fraktionskollegen zum Sitz Hugo Haases, ein ohrenbetäubendes Geschrei begann. „Man sollte annehmen, daß nur komplette Narren oder gewissenlose Verbrecher solche Pläne verfolgen.“<sup>12</sup>

Der dänische Abgeordnete Peter Hanssen beschreibt das, was geschah, in seinen Erinnerungen so: „Nachdem Haase seine Rede begonnen hatte, gab es sofort Tumult im Reichstag. Überhaupt nicht zu beschwichtigen war Keil. Er verlor vollkommen die Kontrolle über sich und schoß wie ein Pfeil auf Haase zu, drohte ihm mit geballten Fäuste und schrie: ‚Verräter, Verräter!‘ Scheidemann rief ‚Dreckseele‘, Ebert ‚schamloser Kerl, schamloser Halunke!‘ David und Heine verloren ebenfalls die Selbstkontrolle, brüllten sich mit wütenden Zwischenrufen heiser. Am weitesten ging Kopsch, der ausrief: ‚Wieder mal ein Jude, ein Jude, was wollen denn die Juden hier!‘“<sup>13</sup>

---

7 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, Bd. 306, 22. Sitzung, 9. Dezember. März 1915, S. 422 -445

8 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 -1918, 2. Teil, a.a.O., S. 101 ff.

9 Hermann v. Kuhl, der Weltkrieg 1914 – 1918, Berlin 1929, S, 385

10 Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie 1898 – 1918, 2. Bd., a.a.O., S. 132 – 150

11

12 Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle, Bd. 307, 37. Sitzung, 24. . März 1916, S. 842 - 844

13 Hans Peter Hansen, Diary of an Dying Empire , a.a.O. S. 134; Kopsch war Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei

In der Fraktionssitzung nach dieser Reichstagsdebatte war die Einheit der Partei nicht mehr zu retten. Ebert verlas eine Erklärung und warf der Oppositionsgruppe Disziplinbruch und Treulosigkeit vor. Dieser Vorlage stimmten nur 58 Mitglieder der Fraktion zu.<sup>14</sup>

Diejenigen, die Haase mit seiner Stellungnahme beauftragt hatten, hätten die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen den Rechte verwirkt. Daß nach den Statuten der Partei nur der Parteitag das Recht hatte, Fraktionsmitglieder auszuschließen, kümmerte ihn nicht. Es handelte sich um 18 Fraktionsmitglieder der SPD. Karl Liebknecht und Rühle hatten schon vorher ihren Austritt aus der Fraktion erklärt.

Aber die aus der Fraktion ausgeschlossenen Mitglieder legten ihrerseits keinen Wert mehr darauf, in ihr mitzuarbeiten. Am 24. März gründeten sie eine eigene Fraktion unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. In der Abschlusserklärung hieß es: „Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruches und der Treulosigkeit weisen wir zurück.“<sup>15</sup> Zugleich schieden Luise Zietz und als Beisitzer Robert Wengels aus dem Parteivorstand aus.

In einer Stellungnahme Luise Zietz' zu den geschilderten Vorgängen heißt es, Haase habe nachgegeben, wenn es sich um weniger wichtige Kleinigkeiten handelte. „Immer wieder habe ich Geduld und die Konzilianz unseres Genossen Haase bewundert.“<sup>16</sup>

Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde Anfang April 1917 nach ihrer Gründung in Gotha im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Sie verstand sich, auf dem Erfurter Programm fußend, als die wahre, traditionelle SPD. Sich ein neues Programm zu geben, davon sah man ab.

#### **4. Gegen die Fortsetzung des Krieges**

Viele Menschen, auch Generäle und Politiker, kamen im Laufe des Jahres 1917/18 zu der Einsicht, daß der Krieg für die Mittelmächte nicht mehr erfolgreich zu beenden war. Kanzler Bethmann Hollweg machte den Westmächten im Dezember 1916 ein Friedensangebot, aber da dies nicht ganz aufrichtig erschien, nahm es niemand ernst.<sup>17</sup> Als die Parteien einsahen, daß der Stellungskrieg immer sinnlosere Menschenopfer forderte, setzten sie ihr Vertrauen auf das

---

14 Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie 1898 -1918, 2. Bd., a.a.O., S. 173 - 177

15 Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O., S. 119 f. „Vorwärts“, 25. 3. 1926; Bericht in Prager, Das Gebot der Stunde, a.a.O., 4. Aufl., S. 90 ff.

16 Wilhelm Dittmann, Erinnerungen Bd. 2, a.a.O. S. 43 f.

17 Ernst-Albert Seils, 100 (0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte , eine Dokumentation des Internets 2010

ungewisse Abenteuer des uneingeschränkten U-Bootkrieges, obwohl ihnen klar war, daß dann Amerika auf der Seite ihrer Gegner in den Krieg eintreten würde. Der Hungersommer brachte die Julikrise 1917 in Gang, die Zahl der Kriegsgegner stieg, den Sozialdemokraten liefen die Wähler weg, der Parteiausschuß stützte den Vorstand der Partei nicht mehr.

Die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 war der Versuch, die deutsche Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit zu täuschen. In einem Text, den Vertretern des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten in einem interfraktioneller Ausschuß zusammenschusterten, wurde versichert, daß Deutschland den Frieden suche, keine Gebietsansprüche mit Gewalt mehr durchsetzen wolle. Aber er schloß eine Ausdehnung der deutschen Grenzen auf dem Verhandlungsweg nicht aus. Das Zentrum paktierte nun mit den Sozialdemokraten, diese brauchten dessen Hilfe, um vor der deutschen Bevölkerung als friedenswillig zu erscheinen.

Der Pakt richtete sich auch gegen den jetzt verständigungsbereiten Kanzler Bethmann Hollweg. Da er der Friedensresolution nicht sofort zustimmen wollte, erreichten die Parteien, daß der Kaiser ihn nicht mehr stützte, er trat zurück. Fortan bestimmte die Oberste Heeresleitung, die den neuen konservativen Kanzler Michaelis präsentierte, die Richtlinien der deutschen Politik. Die Eroberungspolitiker hatten weiter freie Bahn.

In seinen Reden deckt Hugo Haase, der nun nicht mehr behindert werden konnte, die Täuschung der Weltöffentlichkeit auf.<sup>18</sup> Den Sturz Bethmann Hollwegs nannte er ein Satyrspiel, der neue Kanzler sei von Ludendorff und Hindenburg bestimmt worden. „Gibt es ein einziges Land in der Welt, in dem die Militärs auch zur politischen Kriegführung berufen werden?“ Mit Redewendungen, die deutschen Grenzen müßten für alle Zeiten gesichert werden, habe der neue Kanzler Formulierungen der Alldutschen Partei benutzt. Was soll aus Belgien, Kurland, Litauen, Briey und Belgien werden ? ( ... ) „Wir wollen nicht einander töten! Wir wollen uns als Brüder die Hände reichen!“<sup>19</sup>

Dann las er den Abgeordneten das in Stockholm von den Delegierten seiner Fraktion beschlossene Manifest vor, es schloß mit klaren Worten Annexionen irgendwelcher Art aus.

---

18 Nachweise bei Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, a.a.O., S.384 - 387 , Verhandlungen des Reichstags, stenographische Protokolle Bd. 310, 116. Sitzung, S. 385 - 396

19 Enst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, a.a.O., S. 384- 387, Analyse der Rede mit Nachweisen

Diese Rede Hugo Haases wurde auch in Paris und London gelesen, und er fand damit internationale Resonanz: „Die Welt würde glücklich sein, wenn sie hören würde, was der Sprecher der sozialistischen Minderheit gefordert hat,“ schrieb die Londoner Times.<sup>20</sup>

Um zu verhindern, daß der Eroberungskrieg weitergeführt wurde, riefen Haase und seine Gefolgsleute zu einem Proteststreik der Arbeiterschaft auf. Obwohl ein politischer Streik verboten war, streikten in allen großen deutschen Städten Ende Januar 1918 etwa 800 000 Arbeiter und brachen ihn nach drei Tagen ab. Damit wurde deutlich gemacht, wie stark die Friedensbewegung in Deutschland war. Führer der Sozialdemokraten, die Einfluß auf die Arbeiterschaft behalten wollten, ließen sich in die Streikleitung wählen und setzten alles daran, ihn zu beenden. Die deutsche Regierung nahm grausame Rache, zog zahlreiche Streikführer ein und schickte sie an die Front.

Am 2. Oktober 1918 war es endlich so weit, daß die Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsparteien reiner Wein über die militärische Lage eingeschenkt werden mußte. Sie erfuhren, daß der Krieg verloren war.

Während der neue Kanzler Max von Baden den amerikanischen Präsidenten Wilson als Friedensvermittler einschaltete und mit ihm Noten darüber zu wechseln begann, machten Hugo Haase mit der gesamten Führungsmannschaft der USPD des Reichstages mobil.

<sup>21</sup>

In Kiel, Hamburg, Stuttgart Berlin und anderen Städten trieben die Verhältnisse unaufhaltsam der Revolution entgegen. Haase wurde durch einen Anruf revolutionärer Matrosen am 7. November nach Kiel gerufen und fuhr, obwohl er dort eigentlich unabhkömmlich war, um ihnen beizustehen, am folgenden Tag dort hin. Während dieser Reise stellte man ihn an die Spitze einer revolutionären Delegation, die den Hamburger Senat absetzte.<sup>22</sup> An dem Tag, an dem die Revolution in Berlin durchgeführt wurde, saß er, da der Zugverkehr unterbrochen war, untätig auf Bahnhöfen herum.

## **5. Ein demokratischer Revolutionär**

Was sich am 9. November in Berlin abspielte, darüber gibt es viele Legenden. Friedrich Ebert arbeitete mit dem letzten Kanzler des Reiches, Prinz Max von Baden, zusammen, ließ sich von ihm zum Reichskanzler ernennen, wirkte bei der Absetzung des Kaisers mit

---

<sup>20</sup> The Times, London, 26. Juli 1917

<sup>21</sup> Ernst-Albert Seils, Hugo Haase, a. a. O., S. 645 - 654

<sup>22</sup> Ernst – Albert Seils, Hugo Haase, a.a.O., S. 661 - 665

Zum Abschluß gebracht wurde die Revolution in Deutschland am 10. November. Die USPD und die SPD einigten sich auf einen gemeinsamen Rat der Volksbeauftragten. Mit einer „Magna Charta der Revolution“, die Haase entwarf, wurde die politische Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten übergeben und die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung zu einer demokratisch gewählten Verfassung gebende Versammlung in Aussicht gestellt. Zugleich wurden Rechtsverhältnisse wie das Gesinderecht und die Benachteiligung der Frauen im Wahlrecht aufgehoben.<sup>23</sup>

Hugo Haase konnte Ebert dazu bringen, die Einsetzung eines Rates der Volksbeauftragten von einem Rat der Arbeiter und Soldatenräte Berlins betätigen zu lassen. Die Übergangsregierung bestand aus Friedrich Ebert und Hugo Haase als gleichberechtigte Vorsitzende, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg von der SPD, Wilhelm Dittmann und Emil Barth, der sich als Beauftragter der Revolutionären Obleute verstand.

Zur Eskalation kam es Weihnachten 1918, als die Volksmarinedivision, die den Rat der Volksbeauftragten schützen sollte, auf Eberts Forderung hin von einem Armeekommando mit Gewalt aus dem Marstall vertrieben wurde. Da Hugo Haase, Dittmann und Barth jede Gewaltanwendung ablehnten, war eine Einigung nicht mehr möglich, Die Mitglieder der USPD traten aus Protest aus dem Rat der Volksbeauftragten aus.

Unter diesen Begleitumständen tagte die USPD in Berlin vom 2. bis 6. März, um auf einem Parteitag über ein Programm zu beraten. Sie hatte jetzt sowohl Anhänger des Rätestaates als auch der parlamentarischen Demokratie.

Haase legte ein klares Bekenntnis zur Nationalversammlung ab. Eine Sozialisierung sei nicht durchzuführen ohne die Anleitung von Fachleuten, ohne sie werde der Übergang zum Sozialismus nicht möglich sein. Die Diktatur des Proletariats sei nach Marx nur zu verwirklichen, wenn das Proletariat zuvor die Macht durch eine Mehrheit erobert habe. Dagegen trug Ernst Däumig in einem Referat über das Rätssystem Gegenthesen vor.<sup>24</sup> Er wollte die Sozialisierung auch gegen den Willen der bürgerlichen Mehrheit beschließen. Alle Personen in leitenden Stellungen müßten durch Urwahlkörper besetzt, kontrolliert und wieder abgesetzt werden können. Es galt das imperative Mandat.

Daß Haase wieder 1. Vorsitzender werden sollte, war für die Mitglieder eine Selbstverständlichkeit. Er erhielt 154 von 173 Stimmen. Als 2. Vorsitzender wurde Däumig mit 19 Stimmen gewählt. Aber Haase weigerte sich den Vorsitz der Partei zu übernehmen, die

<sup>23</sup> Wilhelm Dittmann, Erinnerungen, 2. Bd., a.a.O., S. 571 f.

<sup>24</sup> Protokolle über die Verhandlungen des Parteitages der USPD vom 2. – 6. März 1919 in Berlin, Glashütten, 1975, S. 44 ff. ; S 78 - 95



Meinungsunterschiede zu Däumig seien zu gravierend. Damit hatte er dem Rätssystem eine klare Absage erteilt.

Nachdem das Vertragswerk von Versailles der deutschen Öffentlichkeit am 7. Mai 1919 bekannt gemacht worden war, erhob sich ein Schrei des Entsetzens. : „Gewalt ohne Grenzen und ohne Maß!“, „Dieser Friedensvertrag bedeutet die Versklavung des deutschen Volkes für ewige Zeiten.“ Haase blieb bei seiner Rede, in der er das Unrecht von Versailles beklagte, sachlich und gestand als einziger Redner eine Teilschuld Deutschlands am Weltkrieg ein. „Nicht von der Revancheidee, die wir aus der Tiefe unseres Herzens verdammen, sondern von der revolutionären Entwicklung erwarten wir die Umwandlung in ein Bündnis gleichberechtigter Staaten. Er zitierte Fichte: „Dann wird das Wort wahr werden, Gleichheit alles, was Menschenantlitz trägt.“<sup>25</sup> Wie hier zeigte er in vielen Reden, worum es ihm ging. Haase war kein ausgesprochener Klassenkämpfer, für den das Geschichtsbild des Marxismus allein maßgeblich war. Ihm ging es um die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Abhängigkeit. Ein menschenwürdiges Leben aller in Freiheit und Selbstbestimmung war sein Ziel.<sup>26</sup>

Dennoch wäre wohl der Versailler Friedensvertrag ohne seine Mitarbeit in der Nationalversammlung nicht akzeptiert worden. Das geht aus den Verhandlungen in Weimar am 23. und 24. Juni, dem Tag der Unterzeichnung, hervor.<sup>27</sup>

Nach langem Hin- und Her hatte die Nationalversammlung der Vertragsunterzeichnung durch die Regierung zwar zugestimmt, aber mit Vorbehalt. Die Zustimmung zu Art. 221 -230, Auslieferung der Heerführer und des Kaisers als Kriegsverbrecher, verweigerte sie. Ministerpräsident Bauer protestierte am 23. Juni ausdrücklich gegen die Bestimmung, daß Deutschland nach Art 231 der alleinige Urheber des Krieges sei. Danach hieß es: „Die Nationalversammlung billigt unter diesem Vorbehalt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages“. Aus Versailles wurde mitgeteilt, wenn die Zustimmung weiterhin verweigert würde, dann werde der Krieg wieder aufgenommen. Der Einmarsch alliierter Truppen über den Rhein werde sofort beginnen. Auf Vorschlag Hugo Haases und seines Kollegen Oswald Cohn änderte die Regierung Bauer diesen Text aber noch einmal. Es hieß nun „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden.“ Die Wendung, daß der Friedensvertrag gebilligt werde, war entfallen.

---

25 Verhandlungen der Nationalversammlung, stenographische Protokolle, 39. Sitzung, 12. Mai 1919, S. 181 - 111

26 Carl Schorske, Die große Spaltung, Berlin 1981, S. 269 - 273

27 Genauere Darstellung als hier bei Ernst-Albert Seils, Hugo Haase, a.a.O., S. 752 f.

Sofort wurde ein Bote an Gustav Bauer geschickt, der die Argumente Haases ebenfalls plausibel fand. Er erklärte, der Reichstag müsse nicht ein zweites Mal abstimmen, er habe „die Friedensvorschläge“ ja schon am Vortag genehmigt. Es sollten sich diejenigen Abgeordneten von den Sitzen erheben, die damit einverstanden seien. Das geschah. Wer aufgestanden war, wurde nicht protokolliert.

Vor dem Einmarsch französischer Truppen hatte Haase Deutschland durch seine Kunst der Formulierung juristischer Texte bewahrt.

## **6. Der frühe Tod eines großen deutschen Pazifisten und demokratischen Revolutionärs**

Der Aufstieg der USPD war eine Erfolgsgeschichte, sie war jetzt die mitgliederstärkste Partei Deutschlands. Dittmann, der tüchtige Generalsekretär, konnte ein sprunghaftes Wachstum melden, etwa 750 000 Mitglieder gehörten ihr am Dezember 1919 an. Dagegen hatten die SPD Scharen von Arbeitern verlassen, ihr gehörten im Sommer 1919 noch etwa 700 000 Genossen an.<sup>28</sup> Der Verlust von 16,3 der Wählerstimmen im Juni 1920 bestätigte diese Entwicklung. Die Gefahr, daß die neue sozialistische Partei die alte überflügelte, muß in Führungskreisen der SPD starke Ängste ausgelöst haben. Das geht aus Kommentaren zum Tod Haases hervor.<sup>29</sup>

Im Widerspruch zu dem Erfolg der Partei wurde in der USPD offenbar an der Beseitigung des bisherigen Vorsitzenden gearbeitet. Es gab eine Gruppe von fanatischen Anhängern des Rätessystems, darunter Curt Geyer, Ernst Däumig, Walter Stöcker, die das auf tückische Weise betrieb. Sie wollten den Durchbruch zur Sozialisierung durch die Räte gegen das Parlament durch eine Revolution erzwingen.<sup>30</sup>

Deutlich wurde das während der Tagung der Reichskonferenz der USPD am 10. und 11. September 1919 in Berlin. Haase trat wie zuvor vehement für die Arbeit der Partei in den Parlamenten ein. „Wir dürfen sie nicht aus der Hand geben.“<sup>31</sup> Geyer und andere Delegierte referierten über das Rätessystem. Es werde den Durchbruch zur Demokratie erzwingen. Haase, dem das Hin und Her auf die Nerven ging, warnte vor einer bedenklichen „Simplifizierung“. Abgestimmt wurde über den Kurs der Partei nicht. Die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien nannte er eine „Doktorfrage“, also ein schwieriges Problem.

---

28 Nachweise über die Berechnung bei Ernst-Albert Seils, Hugo Haase, a.a.O., S. 766

29 Berliner Zeitung, Abendausgabe 7. November 1919, Kommentar von Eduard David

30 Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion. Stuttgart 1971, S. 156 - 163

31 Anhang zu den Protokollen der Konferenz der USPD vom 21. – 23. Juli 1919, Glashütten 1975, S. 33, S. 72; es handelt sich nicht um Protokolle, sondern um Zusammenfassungen der Referate, sie wurden von Teilnehmern angefertigt

In einem Bericht des Vorwärts über die Tagung schrieben Hans Block und Jügen Liebmann: „ Es steht fest, daß eine starke Mehrheit hinter dem Genossen Haase steht.“

Am 8. Oktober wurde Hugo Haase im Beisein seiner Frau Thea gegen 9 Uhr vor dem Reichstag niedergeschossen.<sup>32</sup> Ihn trafen mehrere Kugeln, eine davon ins Knie. Der Täter stellte sich, floh nicht, er habe Haase nicht töten, sondern Rache nehmen wollen. Er hieß Heinrich Voß, stammte aus Berlin. Seine Vernehmung ergab, daß es sich um einen Geistesgestörten handelte, der Haase verfolgte, weil er ihm, als er Volksbeauftragter war, angeblich Unrecht getan hatte. Das Gericht erklärte ihn für unzurechnungsfähig. Eine öffentliche Verhandlung fand nicht statt. Voß verschwand in einem Irrenhaus, darüber wurde niemals etwas bekannt.

Obwohl die Verwundung zunächst als leicht eingeschätzt wurde, lieferte man Haase ins Krankenhaus Moabit ein. Dort wurde der Verletzte, als sich die Verwundung zu einer Blutvergiftung entwickelte, mehrmals operiert. Auch als das Bein schließlich amputiert wurde, half kein Mittel. Der Führer der USPD starb in Berlin am 7. November 1919 in Berlin.

Es muß angenommen werden, daß es in der SPD Personen gab, die die Einstellung des Verfahren gegen den Mörder billigten. Ein eisiges Schweigen umgibt bis heute die Mordtat. Ein Protokoll über das Verhör des Täters wurde nicht angefertigt.

Die Trauerfeiern im Krematorium, am Grab und im Reichstag zeigten, welche politische Bedeutung Haase besaß. „Unfaßbar“ war in Stellungnahmen das meist gebrauchte Wort.

Aus Ostpreußen reisten in mehreren Sonderzügen Tausende von Arbeitern heran, sie marschierten bei dichtem Schneetreiben in einem fünfstündigen Trauerzug hinter dem Sarg her zum Sozialistenfriedhof durch ganz Berlin. Luise Zietz schilderte bei einer Rede im Krematorium Erlebnisse vor Gericht mit dem Verstorbenen: „Kam ein Mensch zu ihm mit seinen persönlichen Sorgen, und Leid, es war immer Liebe und Güte. Ebenso wie sein klarer Geist spielend die großen Zusammenhänge des Weltgeschehens erfaßte, ebenso hatte er Mitgefühl für die täglichen Sorgen des einzelnen.“<sup>33</sup>

---

32 Berichte sind der USPD-Zeitung Freiheit vom 7. Oktober – 14. November entnommen

33 Freiheit, 13. November 1919